

Herrn  
Jörg Cezanne  
Direktkandidat der Partei Die Linke  
zur Bundestagswahl 2017  
im Wahlkreis 184, Groß-Gerau

[joergcezanne@posteo.de](mailto:joergcezanne@posteo.de)

29.08.2017

### Befragung zur Bundestagswahl

Sehr geehrter Herr Cezanne,

Der Vorstand des BUND Kreisverbands Groß-Gerau mit seinen rund 1000 Mitgliedern möchte seinen Mitgliedern und gegebenenfalls per Pressemitteilung der an Natur- und Umweltschutz interessierten Öffentlichkeit eine Wahlorientierung zur Bundestagswahl 2017 geben.

Als überparteiliche Organisation werden wir nicht Ihre oder eine andere Partei pauschal empfehlen, sondern möchten einen differenzierten und trotzdem lesbar komprimierten Überblick geben zu brennenden Fragen unserer Arbeit.

Dazu bitten wir Sie, knapp unsere konkreten Fragen konkret zu beantworten.

Leider waren einige Parteiprogramme für die Vorbereitung erst spät fertig geworden, so dass wir Sie wegen des herannahenden Wahltermins bitten, uns Ihre Antwort am besten per Mail an

[h.debus@bund-kv-gg.de](mailto:h.debus@bund-kv-gg.de) bis zum Freitag 1.9.2017, 12 Uhr

zukommen zu lassen.

Einstweilen verbleibe ich

mit Dank und freundlichen Grüßen



Herbert A. Debus  
- Kreisgeschäftsführung-

Fragen an Kandidat\*innen zur Bundestagswahl September 2017-08-16

Konkrete Fragen - Konkrete Antworten erbeten!

### **THEMENKOMPLEX ENERGIEWENDE UND KLIMASCHUTZZIELE**

1. Werden Sie sich für eine konsequente Energiewende und damit für die schnelle und vollständige Umsetzung der Ergebnisse des Klimagipfels von Paris einsetzen?

**JA**

- a. Werden Sie sich für einen schnellen, vollständigen und sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohle und der Kohleverstromung einsetzen und dafür in einem ersten Schritt initiativ werden für eine Stilllegung der ältesten 20 Braunkohlkraftwerke bis 2020? Bitte antworten Sie wieder mit Ja oder nein.

**JA**

- b. Welche weiteren Schritte werden Sie vorschlagen/initiieren/unterstützen?

**Raus aus der Kohle, Übergänge gerecht gestalten: Wir wollen einen zügigen und sozial abgedeckten Ausstieg aus der Kohlestromversorgung. Der EU-Emissionshandel hat hier versagt. Drei Milliarden überschüssige CO<sub>2</sub>-Zertifikate haben das Emissionshandelssystem untergraben, sie müssen stillgelegt werden. Die Bundesregierung muss sich im Zusammenhang mit den Neufestlegungen der EU-Klimaschutz- und -Energieziele für 2030 für eine Minderung der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Jahr 1990 um 60 Prozent einsetzen, für einen Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch von 45 Prozent und eine Minderung des Primärenergieverbrauchs gegenüber dem Jahr 2000 um 40 Prozent.**

**DIE LINKE fordert ein nationales Kohleausstiegsgesetz mit folgenden Eckpunkten: Der schrittweise Kohleausstieg beginnt 2018. Spätestens 2035 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz gehen. Bestandteil des Gesetzes ist ein Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken sowie für den Neuaufschluss und die Erweiterung von Braunkohletagebauen. Der Strukturwandel in den Tagebauregionen darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen – daher fordert DIE LINKE einen Strukturwandelfonds in Höhe von jährlich 250 Millionen Euro für die soziale Absicherung der im Bergbau Arbeitenden und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.**

**Bis der notwendige Ausstieg aus der Kohle erreicht ist, müssen die gravierenden Folgen des Abbaus von Braunkohle begrenzt werden. DIE LINKE tritt für eine Reform des Bundesberggesetzes ein. Bisher haben Konzerninteressen und Rohstoffgewinnung dort Vorrang vor den Interessen der Umwelt und der Bevölkerung. Stattdessen müssen umfassende statt eingeschränkte Planfeststellungsverfahren eingeführt werden. Sie sollen ermöglichen, dass in den Abwägungen und Planungsermessen neben der Umweltverträglichkeit auch die Erforderlichkeit der Vorhaben geprüft wird. Beteiligungs-, Informations-**

**und Klagerechte von Bürgerinnen und Bürgern müssen garantiert werden.**

2. Kernkraft

Werden Sie sich für die Abschaltung aller verbleibenden Kernkraftwerke bis 2025 einsetzen? Bitte antworten Sie mit Ja oder Nein.

**JA**

a. Wie soll Ihrer Meinung nach dieses Ziel erreicht werden?

**„ Der Ausstieg aus der Atomkraft muss im Grundgesetz festgeschrieben und alle in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke müssen unverzüglich abgeschaltet werden. Wir setzen uns für einen gesamt-europäischen Plan zur Stilllegung von Atomkraftwerken ein.“**

b. Werden Sie geeignete gesetzliche Maßnahmen gegen den Export von Material oder technischem Know-How zum Bau von Kernkraftwerken einführen oder unterstützen? Bitte antworten Sie wieder mit Ja oder Nein.

**JA**

3. Erneuerbare Energien

Wie wollen Sie den vorrangigen Ausbau der regenerativen Energien fördern? Insbesondere

a. den Abbau von bürokratischen und finanziellen Hemmnissen und damit die Erleichterung für die Nutzung privater Anwender (Konzept: Energie in Bürgerhand)

b. die Erleichterung der Bildung von Energiegenossenschaften

**„DIE LINKE unterstützt eine regional ausgerichtete und in der Bevölkerung verankerte Energiewende: Energiegenossenschaften, Bioenergiedörfer, Institutionen, Einrichtungen, Betriebe, Städte und Kommunen sollen das gesetzliche Recht zum Kauf der von ihnen für die Energie-Eigenversorgung genutzten Netze erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Investoren verpflichtet werden, den Standortgemeinden eine Beteiligung an neuen Windkraftanlagen, Photovoltaik-Kraftwerken und Energiespeichern anzubieten. Um die Energiewende voranzubringen, wollen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Hauseigentümer, Mietervereinigungen, Betriebe und Kommunen verbessern, die ihre Energieversorgung in die eigene Hand nehmen wollen. In kommunalen Stadtwerken unter direkter demokratischer Mitgestaltung der Bevölkerung können ökologische Energiegewinnung und bezahlbare Energiepreise am besten erreicht werden. Gleichzeitig werden damit Grundlagen zur Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen geschaffen.“**

4. Welche Vorschläge zur Einsparung bzw. gegen Verschwendung von Energie im öffentlichen und privaten Bereich werden Sie einbringen oder unterstützen?

**„Am preiswertesten und umweltfreundlichsten ist immer noch die Kilowattstunde, die erst gar nicht bereitgestellt werden muss. Effizienzpolitik braucht nicht nur Fördermittel, sondern auch Gesetze und Verordnungen, die Mindeststandards für den Energieverbrauch von Produkten, Produktionsweisen und Gebäuden (auch im Bestand) vorgeben. Es dürfen nur langlebige, reparaturfreundliche, material- und energiesparende Produkte hergestellt werden. Ein Energieeffizienzfonds kann den Umstieg auf eine effiziente Wirtschaftsweise unterstützen und sozial begleiten. Wir wollen außerdem eine Innovationspolitik umsetzen, die die Erforschung, Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien und Praktiken fördert, die nicht allein durch Profitlogik getrieben, sondern zu allererst an den Bedürfnissen der Menschen und der Schonung von Ressourcen orientiert ist.“**

## **THEMENKOMPLEX VERKEHRSWENDE MIT NACHHALTIG ÖKOLOGISCHEM GESAMTKONZEPT**

1. Werden Sie gesetzliche Maßnahmen initiieren oder aktiv befördern, die eine vollständige Umstellung der Verkehrspolitik auf den Weg bringt, die einem koordinierten, nachhaltig ökologischen Gesamtkonzept folgt: und zwar u.a. mit folgenden Elementen
  - a. Umstrukturierung des Verkehrs weg vom Individualverkehr, hin zu öffentlichem basiertem Verkehr und Vermeidung unnötiger Verkehre (z.B. massenhaftem Pendelverkehr, da die Wirtschafts- und Industriepolitik Ballungen fördert)

### **„Mobilität für alle – mit weniger Verkehr**

**Mobilität und Verkehr sind nicht dasselbe. Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobil zu sein heißt nicht, möglichst weit und schnell unterwegs zu sein, sondern die Orte des Lebens (Arbeit, Schule, Freizeit, Einkauf usw.) gut zu erreichen. Am besten mit wenig Aufwand an Zeit, Geld und Energie. Diejenigen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind, belasten andere am wenigsten und brauchen bessere Bedingungen. Wir wollen wirklich barrierefreie Mobilität: Niemand darf auf das (eigene) Auto angewiesen sein; alle müssen Zugang haben. Im Mittelpunkt steht für uns deshalb das öffentliche Mobilitätsangebot.**

- **Der ÖPNV muss flächendeckend und barrierefrei ausgebaut werden. Dafür wollen wir mehr Mittel vom Bund und eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen. Wir streben bundesweit einheitliche Standards beim Angebot und den Tarifbedingungen an, um den Flickenteppich der Verkehrsverbände zu überwinden. Wir treten für kommunale, demokratisch kontrollierte Nahverkehrsunternehmen ein. Der Vorrang eigenwirtschaftlicher Betriebe muss abgeschafft werden. Statt Profite für UBER und Co. wollen wir den regulierten Taxibetrieb als Teil des öffentlichen Verkehrs.**

- **Wir wollen eine Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum: Anbindung zum nächsten Oberzentrum mindestens im Stundentakt. Dabei können Angebote wie Bürgerbusse oder Anruf-Sammeltaxis sowie moderne Flächenrufbussysteme einbezogen werden.**
- **Die Fahrpreise im ÖPNV sind für viele zu hoch. Wir wollen deutlich günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für einkommensschwache Haushalte, eine Sozial-Bahncard sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. Unser Ziel ist der solidarisch finanzierte Nulltarif im ÖPNV für alle. Einstweilen soll das »Schwarzfahren« entkriminalisiert und nicht härter bestraft werden als Falschparken.**
- **Bahn für alle! DIE LINKE tritt für eine bedarfsdeckende Finanzierung der Bahn und für den Ausbau ein, um Engpässe zu beseitigen, Lücken zu schließen und neue Anschlüsse zu schaffen. Wir fordern barrierefreie und nutzerfreundliche Bahnhöfe mit Servicepersonal, verlässliche, getaktete Fahrpläne und setzen uns für eine Änderung der Geschäftspolitik der Deutschen Bahn-AG ein: Diese muss sich am Gemeinwohl ausrichten und nicht am Bilanzgewinn. Der Schienenverkehr muss öffentlich organisiert werden. Notwendig ist Kooperation statt Konkurrenz. Alle weiteren Schritte in Richtung Liberalisierung und Privatisierung im Schienenverkehr müssen gestoppt werden. Alle erfolgten Privatisierungen, Ausgliederungen und Aufspaltungen bestehender Eisenbahngesellschaften müssen rückgängig gemacht werden. Wir wollen eine Reform der Bahnreform, mit der die DB auf Privatisierungskurs gesetzt wurde; eine demokratische Bürgerbahn, bei der auch die Kompetenz und Erfahrung der Beschäftigten zum Tragen kommt.**
- **Wir sagen nein zum Abbau von Eisenbahninfrastruktur. Güterverkehr muss auch unter 300 km wieder auf die Bahn. Kein Stellenabbau bei DB-Cargo! Daher setzen wir uns für ein bundesweites Investitionsprogramm zur zügigen Elektrifizierung der bisher nur von Dieselfahrzeugen genutzten Bahnstrecken ein. Die weitaus beste und sinnvollste Form von Elektromobilität ist und bleibt der Schienenverkehr.**
- **Wir setzen uns für ein europäisches Nachtzugnetz ein, damit Reisen in Europa wieder bequem und ökologisch möglich ist.**
- **Wir fordern die Halbierung der Trassenpreise, damit mehr Verkehr auf die Schiene kommt.**
- **Wir sind gegen teure und unsinnige Projekte: Wir wollen Stuttgart 21 stoppen und setzen auf das Konzept »Umstieg 21«. Die zweite Stammstrecke München ist zu teuer und nützt wenig. Wir wollen das Projekt verhindern und das Geld in bessere Lösungen stecken. Und auch den Fehmarnbelt-Tunnel lehnen wir ab, weil es ökologische Alternativen gibt.**

b. starke Förderung des Radverkehrs

**Fuß und Fahrrad vor! Wir wollen Radfahren und Zufußgehen im Alltag attraktiver und sicherer machen: Mehr Platz auf den Straßen, mehr si-**

**chere und intakte Rad- und Fußwege und mehr Fahrradabstellanlagen sind nötig.**

**In den Städten und Ballungsgebieten müssen Radschnellwege mit grüner Welle geschaffen werden. Dafür muss der Bund ausreichend zweckgebundene Mittel für die Kommunen bereitstellen. Wir wollen die Straßenverkehrsordnung fahrradfreundlicher gestalten.**

- c. Herstellung von vollständiger Wettbewerbsgleichheit motorisierten Verkehrs - insbesondere zwischen Bahn und Luftverkehr: z.B. Abbau der von der EU bekämpften Subventionierung im Luftverkehr (Z.B. Kassel-Calden), Einführung von Mehrwertsteuer auch auf internationale Flüge, Einführung von Emissionsabgaben auch für internationale Flüge

**Die staatliche Subvention von Dieseltreibstoff, Flugbenzin und »Biotreibstoff« wollen wir abschaffen. Dabei geht es um eine Summe von über 15 Milliarden Euro jährlich. Internationale Flugtickets sollen nicht von der Mehrwertsteuer befreit bleiben. Wir wollen diese Subvention (4,7 Milliarden Euro) streichen und stattdessen den Mehrwertsteuersatz für Bahntickets halbieren.**

**Das steuerliche Dienstwagenprivileg muss nach ökologischen Kriterien umgestaltet werden, damit nicht weiterhin vor allem Gutverdienende, Arbeitgeber und die Automobilindustrie auf Kosten der Allgemeinheit und der Umwelt profitieren.**

**Die Pendlerpauschale wollen wir in eine sozial gerechte Mobilitätszulage umwandeln und zusätzlich einen Anreiz zum Benutzen des Umweltverbunds bieten. Die hier frei werdenden Mittel der Pendlerpauschale werden in den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs investiert.**

**Siehe auch Antwort zu Frage e.**

- d. Förderung der Elektromobilität in allen Bereichen

**„Die Kaufprämie für Elektroautos lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir Elektromobilität im öffentlichen Verkehr fördern. Zuschüsse für E-Autos sind darüber hinaus sinnvoll für Fahrzeuge, die viel unterwegs sein müssen – z.B. jene von Handwerkern, sozialen Diensten, Taxen.“**

- e. politische Moderation und Initiative zur Umlenkung von Kurzstreckenflügen (= bis vier Bahnfahrtstunden) auf die Bahn mit gemeinsamen Tickets bei Anschluss zu Langflügen.

**„Flugverkehr reduzieren**

- **Wir treten für ein striktes Nachtflug-Verbot von 22 bis 6 Uhr ein, insbesondere für stadtnahe Räume. Dieses Nachtflugverbot muss im Bundesluftverkehrsgesetz verankert werden. Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden.**
  - **Wir wollen den innerdeutschen und innereuropäischen Flugverkehr so weit wie möglich auf die Schiene verlagern. Öffentliche Zuschüsse für Flughäfen sollen gestrichen werden. Den sozialen und ökologischen Dumpingwettbewerb im Luftverkehr wollen wir unterbinden. Wir wollen eine einheitliche Kerosinsteuer in der EU. Auf Flugtickets soll der volle Mehrwertsteuersatz fällig werden. Als Sofortmaßnahme wollen wir den Ausbau weiterer Flugkapazitäten sofort beenden.**
2. Werden Sie aktive Schritte unternehmen, um die gesetzlichen Vorschriften zur Regelung der Abgasemissionen von Fahrzeugen - insbesondere Autos, aber auch im Bahn, Luftfahrt und Schifffahrtssektor - präzise, konsequent und für die Hersteller strafbewehrt an gesundheitlichen, klimatischen und Umweltaforderungen sowie am Verbraucherschutz zu orientieren?

**„ DIE LINKE will Umgebungslärm, Straßen-, Schienen- und Flugverkehrslärm mit einem verbindlichen Lärmschutzgesetz regeln und verringern. Die Mittel für den Lärmschutz müssen aufgestockt werden. Lärm macht krank!**

**Der CO<sub>2</sub>-Grenzwert für Neuwagen in Europa soll ab 2025 deutlich unter 60 Gramm betragen. Wir unterstützen den Vorschlag des Bundesrates, ab 2030 nur noch PKW mit Null CO<sub>2</sub>-Emission zuzulassen. Für die Überwachung der Abgasnormen wollen wir eine neue, unabhängige und schlagkräftige Behörde beim Umweltbundesamt ansiedeln.“**

## **THEMENKOMPLEX AGRARWENDE**

1. Werden Sie in der nächsten Legislaturperiode initiativ oder unterstützen Sie den Ausbau einer vermehrt regional statt exportorientiert produzierenden bäuerlichen Landwirtschaft? Werden Sie in der nächsten Legislaturperiode initiativ oder unterstützen Sie den Ausbau der Landwirtschaft auf Grundlage der Methoden des ökologischen Landbaus und artgerechter Tierhaltung? Mit welchen Maßnahmen und in welcher Größenordnung? (2017: 7% Flächenanteil, 2021 ?)

**Wir wollen bezahlbare und gesunde Nahrungsmittel für alle, gerechte Übergänge und nachhaltige Zukunftsperspektiven für die Landwirtschaft. Wir fördern bäuerliche, genossenschaftliche und ökologische Landwirtschaft statt Agrarkonzerne.**

- **Wir wollen den Ökolandbau ausbauen und regionale Produktions- und Verkaufsstrukturen stärker fördern. Auch genossenschaftliche Landwirt-**

**schaft und bezahlbare Bio-Lebensmittel in der Schul- und Kitaverpflegung müssen stärker unterstützt werden. DIE LINKE will landwirtschaftliche Betriebe auch in Metropolen erhalten. Dies leistet auch einen Beitrag für kurze Wege in der Versorgung mit Nahrungsmitteln.**

- **DIE LINKE will Patente auf Leben verbieten. Zur Sicherung der genetischen Vielfalt sollen alte Pflanzensorten und Nutztierassen erhalten und freie Nachbaurechte gesichert werden.**
2. Ist Ihre Partei im nächsten Bundestag dazu bereit, das Artensterben ( besonders die Gefährdung der Bienen) und die Vergiftung von Böden und Oberflächengewässern wie Grundwasserkörpern durch Pestizide , Nitrate und andere Chemikalien durch strengere gesetzliche Vorgaben und als Chefsache unter der Federführung des Umweltministeriums (unter Eingliederung des Verbraucherschutzes dort) und des Gesundheitsministeriums zu stoppen? Welche sind das?
- **Wir wollen Anbausysteme fördern, die Boden, Tiere und Pflanzen besonders berücksichtigen. Besonders Nutzinsekten wie Bienen und Hummeln müssen erhalten und gefördert werden. Wir brauchen eine Landwirtschaftsforschung, die anwendungsnah, auf Praxis orientiert und ökologisch ist.**
3. Was wird Ihre Partei im nächsten Bundesstag unternehmen, um den naturzerstörenden Flächenverbrauch (Flächenversiegelung) durch exzessiven Straßenbau, Siedlungs- und Gewerbebau zu stoppen bzw. nachhaltig auszugleichen und den Rückbau zu fördern?

**„Die Neuversiegelung von Boden muss deutlich verringert werden. Neuversiegelungen dürfen nur genehmigt werden, wenn sie mit einer mindestens ebenso großen Flächenentsiegelung in der Region einhergehen. Straßenneubau darf es nur bei einem unabhängig ermittelten Bedarf geben. In den Regionalplänen müssen Entsiegelungspotenziale erarbeitet werden.“**